



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8,— Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 2,— Mk., Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Bekanntmachung.

Dem am 27. Juni 1921 im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, der im Beschlußprotokoll des Tarifsausschusses vom 28. Juni d. J. zur Veröffentlichung kam, hat die Prinzipalität ihre Zustimmung versagt. Die Folge hiervon war eine neue Verhandlung der Vertreter der Tarifparteien unter Vorsitz des Herrn Regierungsrat Professor Dr. Brahn vom Reichsarbeitsministerium, die am 18. Juli in Leipzig stattfand. In dieser Verhandlung kam es über den abgelehnten Schiedsspruch zu einer Verständigung und zu einem neuen Einigungsvorschläge, zu dem sich die Vertreter der Parteien bis zum 23. Juli entscheidend äußern sollten. Diesen Einigungsvorschlag hat die Gehilfenschaft abgelehnt. Auf Antrag der Gehilfenvertretung wurde am 25. Juli vor dem Reichsarbeitsministerium noch einmal verhandelt.

Das Ergebnis dieser Verhandlung ist die Fortzahlung der am 31. Juli abgelaufenen Wirtschaftsbeihilfe in der folgenden veränderten Form: Am dritten Jahrestag der Monate August und September ist

1. an Wirtschaftsbeihilfe zu zahlen:

- a) an den Orten bis einschließlich 7 1/2 Proz. Sozialzuschlag:
 - für Gruppe O Verheiratete 73,50 Mk.
 - für Gruppe C Ledige 58,50 Mk.
 - für Gruppe B Verheiratete 66,— Mk.
 - für Gruppe B Ledige 58,50 Mk.
 - für Gruppe A 15,— Mk.
- b) an den Orten mit mehr als 7 1/2 Proz. bis 17 1/2 Proz. Sozialzuschlag:
 - für Gruppe O Verheiratete 88,— Mk.
 - für Gruppe O Ledige 70,— Mk.
 - für Gruppe B Verheiratete 79,— Mk.
 - für Gruppe B Ledige 70,— Mk.
 - für Gruppe A 18,— Mk.

Berlin, 27. Juli 1921.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Dr. Breithaupt, Robert Braun, Paul Schliebs,
Stellv. Prinzipal-Vorsitzender, Gehilfen-Vorsitzender, Geschäftsführer.

Für die Woche vom 7. bis 13. August 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 33 bezzeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Breslau hat laut Versammlungsbeschuß den Sozialbeitrag um 1 M. erhöht; der Vorstand erteilt hierzu die Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: C. Bucher, 1. Vors.

Die neuen Wirtschaftsbeihilfen abgeschlossen

In letzter Stunde haben sich die Buchdruckerunternehmer überzeugen lassen, daß ein Kampf im graphischen Gewerbe sie nicht davon befreien wird, unserer Kollegenchaft sowohl als auch den Gehilfen, eine den augenblicklichen Lebensverhältnissen angepaßte Zulage zu geben. Und zwar allen Kolleginnen und Kollegen, das ist das Wesentliche. Für unsere Unterhändler war es von vornherein klar, daß ohne eine Zulage für alle Altersklassen es für uns keinen Abschluß geben könnte. Die aus allen Teilen des Reiches an den Vorstand gesandten Zuschriften forderten einmütig Solidarität der Kollegenchaft; die Älteren für die Jüngeren und mit den Jüngeren. Auch die Gauleiterkonferenz in Berlin war einmütig der Auffassung, daß auf dem bis jetzt beschrittenen Weg nicht weiter gegangen werden konnte. So hatten unsere Verbände eine gute Mißdeutung, und es ist unverkennbar, daß die geschlossene Haltung der Kollegenchaft einen wesentlichen Teil dazu beigetragen hat, daß die Prinzipale ihren starren Widerstand gegen unsere Forderungen aufgaben. Nicht unser Widerstand allein hat das vermocht, auch die Gehilfen zeigten bei den letzten Verhandlungen Verständnis für die schlechte Lage der Hilfsarbeiterschaft, und in gemeinsamer Front gelang es dann, die schon in einem Teil der Nr. 31 der „Solidarität“ bekanntgegebenen Höhe für Jugendliche zu erreichen. Es ist nicht die Zulage,

die wir als ausreichend ansehen, aber schon die Tatsache, daß es gelungen ist, das Prinzip der Sozialhöhe, das heißt auf gut Deutsch, die Ausschüttung der Jugendlichen von jeder Lohnzulage, zu durchbrechen, muß als Erfolg gebucht werden. Wir sind uns der Gefahren bewußt gewesen, die eine Ausschüttung bestimmter Lohnklassen für die Gesamtkollegenchaft bedeutet. Auf der einen Seite besteht die Unmöglichkeit für die Jugendlichen, bei den Lebensverhältnissen bestehen zu können, auf der andern Seite aber auch die Gefahr für die Älteren, durch die Konkurrenz der billigen Arbeitskräfte, die nicht immer die schlechtesten sind, über kurz oder lang auf Straßenspaziergänger zu fliegen. Das konnte der sich seiner Verantwortung bewußte Vorstand auf die Dauer nicht dulden, nur schweren Herzens hatte er bei den Verhandlungen der früheren Zeit den uns aufzuzwingenden Schiedsspruch seine Zustimmung gegeben. Bekanntlich war ohne Weisung unserer Vertreter am 18. Juli in Leipzig unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums, vertreten durch den Regierungsrat Prof. Max Brahn, ein Einigungsvorschlag ausgearbeitet, der wohl den lebigen jugendlichen Arbeitern von 21—24 Jahren eine Zulage brachte, aber auf der anderen Seite beratige Verschlechterungen enthielt, daß er nicht nur von der Gauleiterkonferenz der Buchdrucker, sondern auch von uns als unbillig und abgelehnt werden mußte. Sollten wir uns doch verpflichten, das Abkommen bis 31. Oktober dieses Jahres zu verlängern und erst, wenn im Oktober eine 15proz. Erhöhung der Steuerziffer nachgewiesen werden konnte, neue Lohnforderungen zu stellen. Die Unternehmer haben wohl selbst eingesehen, daß eine solche Bindung kein Arbeiter eingehen kann, und sie waren dann auch bereit, auf Vorschlag der Buchdrucker am Montag, den 25. Juli, neue Verhandlungen im Arbeitsministerium mit uns zu pflegen.

Wieder war mit der Leitung der Regierungsrat Professor Brahn beauftragt, der bei der Begehung der Teilnehmer in ironischer Weise meinte, er sei nicht gerade freudig überrascht von dem abermaltigen Erscheinen der Parteien vor dem Reichsarbeitsministerium. Von uns nahmen die Kollegen Bucher und Cloth an den Beratungen teil, und es ist nicht zum wenigsten auch ihren Bemühungen zu verdanken, wenn eine Einigung zustande kam. Eine schwierige Aufgabe war der Kommission gestellt, denn ohne

c) an den übrigen Orten:

- für Gruppe O Verheiratete 110,— Mk.
- für Gruppe C Ledige 87,50 Mk.
- für Gruppe B Verheiratete 98,75 Mk.
- für Gruppe B Ledige 85,— Mk.
- für Gruppe A 20,— Mk.

Neuausgelernte Gehilfen, jugendliches Hilfspersonal und Lehrlinge erhalten an allen Orten eine monatliche Zulage von 10,— Mk.

Den Hilfsarbeitern, soweit sie verheiratet und über 21 Jahre alt oder soweit sie ledig und über 24 Jahre sind, ist ein anteiliger Betrag nach den für die Entlohnung im Reichstarif festgesetzten Prozentsätzen zu zahlen. Die für die A-Klasse festgesetzten Beträge kommen für die Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen nicht prozentual, sondern voll zur Auszahlung.

Seit der Verlängerung des Februar-Abkommens unter Vorbehalt gewährte außertarifliche Zulagen können auf die obigen Beihilfen eingerechnet werden.

Das seit dem 3. November 1920 abgeschlossene Lohnabkommen mit seiner Erneuerung gilt nunmehr mit Einschluß der obigen Wirtschaftsbeihilfe bis zum 30. September 1921.

Bei Einstellung oder Entlassung wird die Wirtschaftsbeihilfe anteilig gezahlt, und zwar nach den geleisteten Arbeitstagen.

Die mit dem 30. Juni 1921 ablaufende Kurzarbeiterunterstützung wird aufgehoben.

2. Neue Verhandlungen sollen in der zweiten Hälfte des September im Tarifsausschuß stattfinden.

Umfiicht und Geschicklichkeit der Verhandler konnte es sehr leicht zum Abbruch der Verhandlungen und damit auch noch zu größeren Verwicklungen kommen. Ob das im Interesse des Gewerbes und auch im Interesse der Kollegenchaft gelegen hätte, ist nicht ohne weiteres zu behaupten, jedenfalls soll und kann erst nach Erschöpfung aller Möglichkeiten der Kampf das letzte Mittel sein. Zwar schien es im Anfang so, als wenn sich die Gegenseite nicht überbrücken ließen, als aber erst einmal konkrete Vorschläge von beiden Seiten vorlagen, gelang es unseren Vertretern, das in der Bekanntmachung des Tarifamts veröffentlichte Resultat zu erzielen.

Es steht nunmehr fest, daß die bisher nicht erfassten Kollegen und Kolleginnen unter 21 Jahren eine monatliche Zulage erhalten und zwar in derselben Höhe, also nicht prozentual, wie die jugendlichen Gehilfen und Lehrlinge. Auch für die übrige Kollegenchaft hat die Zulage als vorläufige Abwechslung der Brotverteuerung für August und September zu gelten, wobei in Betracht zu ziehen ist, daß die Brotverteuerung erst am 16. August in Kraft tritt, also nur für 6 Wochen in Frage kommt. Im September werden dann neue Verhandlungen stattfinden, um eine neue Lebenszulage zu beschließen, wobei wir uns keineswegs der Mühen bürden, daß es leicht sein wird, die Unternehmern zu neuen Zugeständnissen zu bewegen. Die Verhältnisse werden sie aber wohl dazu zwingen. Es muß unbedingt als moralischer Erfolg abnotiert werden, daß es uns gelungen ist, den Augenblicken der Klasse A ein vertragliches Recht auf Zulagen zu sichern. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, nunmehr auch die Lohnverhältnisse der Jugendlichen aufzubessern, wieviel das genützt, ist eine Frage der Zukunft, daß wir sie nicht aus den Augen verlieren, dessen kann die jugendliche Hilfsarbeiterschaft sich bewußt sein. Die erstellten Ergebnisse sind kein großer Erfolg, stellen aber nach Lage der Dinge dasjenige dar, was erreicht werden konnte ohne Kampf. Offenlich setzen die Prinzipale in Zukunft mehr Verständnis für die prekäre Lage unserer Kollegenchaft, die sich ihren Anspruch auf gerechten Anteil am Wirtschaftsprozess nicht nehmen läßt. Wir sind einen Schritt vorwärts gekommen, solange ein jeder dafür durch intensive Aufklärungsarbeit, daß wir die Schritte beschleunigen können zum Wohl der Gesamtkollegenchaft.

Zenerungswellen

Der am 27. Juni 1921 im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedsspruch in Bezug auf die monatliche Wirtschaftskrisenkommission des in den Buchdruckereien beschäftigten Personals hatte unzweifelhaft eine derartige Mitbestimmung sowohl unter den gelerntem wie ungelerten Arbeitern ausgelöst, daß die ernstlichste Störung des Arbeitsfriedens im Buchdruckgewerbe in beendliche Nähe gerückt war. Die Korrektur besagten Schiedsspruchs, die durch die Bemühungen des Herrn Professors Braun und den ernstlichen Widerstand der Arbeitnehmer-Verhändler in neuerlicher Verhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium am 25. Juli d. J. vorgenommen wurde, hat zwar die Gefahr einer Arbeitsniederlegung beseitigt, nicht aber die Arbeiterschaft der bitteren Sorge für die Zukunft enthoben.

Was bedeuten diese neuerlich minimalen Zulagen, die sicher das Gewerbe schwer belasten, für die Arbeitnehmer, denen die bisher gewährten Lohnzulagen noch lange keinen Ausgleich bieten für die wachsende Preissteigerung aller zur Lebenshaltung notwendigen Bedarfsartikel. Was besagt es denn, wenn die Lebenshaltungsziffern für das Reich eine solche Entspannung der Zenerungsverhältnisse seit Beginn des Jahres konstatieren, wenn andererseits schon vor Beginn dieser Entspannung die Löhne weit unter dem notwendigen Existenzminimum zurückblieben. Wirklich fühlbar ist das von den Unternehmern so oft betonte Sinken der Preise in keinem einzigen Arbeiterhaushalt geworden.

Dabei kündigt aber die kapitalistische Presse schon seit längerer Zeit eine neue Zenerungswelle an, die nach einem Artikel in der „Neuen Züricher Zeitung“ über deutsche Verhältnisse ihren Höhepunkt um Weihnachten erreichen soll. Voraussichtlich wird diese neue Zenerungswelle auf die Erhöhung der Getreide- und Brotpreise, die amtlich erfolgt ist und auch für das sogenannte kontinentale Getreide und damit auch für das rationierte Brot, welche Erhöhung natürlich auf das im freien Handel erhältliche Brot und Getreide keine preissenkende Rückwirkung auslöst. Wo soll es hin führen, wenn man in den Tageszeitungen liest, wachst wahnsinnige Preissteigerung bei fast jedem einzelnen Getreide und für die Produkte der Milchwirtschaft an. Und die Milchpreise sind außerordentlich hoch. So geht es wieder deutlich der Gezen des Systems der so viel gebriefenen freien Wirtschaft, das zum unelastischen Raubzug gegen die Verbraucherpreise und zum Verhungern von Abertausenden führen muß.

Der Bierpreis in Wabern erhöht sich im August bei einer geringen Erhöhung des Gehaltsprozentsatzes um mehr als 100 Prozent und steigt von 1,70 Mk. auf 3,60 und 4.— Mk. pro Liter. Die Steigerung der Rohwollpreise ist auf Wunsch der Hansaarbeiter ebenfalls funktioniert worden. Die Ausgaben für Heizung und Beleuchtung in jedem Haushalt, ohnedies schon auf das Neueste reduziert, belaufen von Woche zu Woche, von Monat zu Monat und machen der barmüthigen Befürworter für den kommenden Winter Werk. Gewisse Interessentengruppen sehen das Heil des deutschen Volkes nur in dem Ruf: „Heran an die Weltmarktpreise!“ Natürlich nur für die Produzenten, die dann die Preise für ihre Produkte ins Unermessliche steigern können. Ob der verbrauchende Teil der Bevölkerung, der nur auf den Ver-

bleibt der Hand- oder Klopfarbeit angewiesen ist, dabei ausgehungert wird, das ist diesen Patrioten Nebensache, dafür schimpfen sie um so mehr auf die schwarze Schmach.

Wenn aber die wertfällige Bevölkerung ebenfalls den Grundsatzen gelten lassen will: „Heran an die Weltmarktpreise!“ so ist es antinational, revolutionäres Pöbel, das mit der Hungerpeinlichkeit, womöglich mit Maschinenengewehren niedergebhalten werden muß.

Das bisherige Geschehenlassen der Entwicklung auf dem Preismarkt, dazu nun der Wahnsinn der neuerlichen Preissteigerungen, insbesondere auf dem der notwendigen Lebensmittel, durch die Regierungen birgt aber eine ungeheuerliche Gefahr in sich, die notwendigerweise zum Kampf aller gegen alle mit dessen ganz unabsehbaren Konsequenzen führen muß.

Neue gewaltige wirtschaftliche Kämpfe werden sich auslösen und die durch den Krieg und seine Folgen dem deutschen Volke und der deutschen Wirtschaft geschlagenen Wunden werden aufs Neue bluten und den Volkkörper noch mehr schwächen, als dies ohnehin schon der Fall ist. Der Hunger der Massen wird in diesen Kämpfen der Fährer sein und seine Drohung mit Ausbeutung wird sie von ihrem Beginn abbringen.

Diese das arbeitende Volk zugrunde richtenden Verhältnisse des Entzuges des zum Leben Notwendigsten werden auch die arbeitsfähige Arbeiterschaft in eine Kampfstellung drängen, wie es bisher nie der Fall war und wenn auch für August und September dieses Jahr der Frieden im Gewerbe gesichert ist, die neuen Zenerungswellen werden die Gefahr des Kampfes erheitern denn je herausgeschworen. Die Zeiten sind vorüber, wo man die Arbeiterschaft mit den schönen Sprüchen vom bald einsetzenden Preisabbau, Welfestellung des Schieber- und Buchertums usw. hinhalten konnte. Die Erhaltung der eigenen Existenz gebietet energisch einen gerechten Ausgleich zwischen den Preisen aller zum Leben notwendiger Bedarfsartikel und den Löhnen. Wäge er bei dem in der zweiten Hälfte des September vor dem Tarifauschuss stattfindenden Verhandlungen gefunden und damit das Buchdruckgewerbe vor schweren Erschütterungen bewahrt werden.

M. A. Sch.

Der Internationale Gewerkschaftsbund und das Oberschlesische Problem

Aus dem Internationalen Gewerkschaftsbund schreibt man uns:

Die vom Internationalen Gewerkschaftsbund für das Studium der ober-schlesischen Frage eingesetzte Kommission veröffentlicht ihren Bericht über die von ihr im umstrittenen Gebiete durchgeführte Untersuchung. Es handelt sich dabei um ein bedeutendes Dokument, das einen allgemeinen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse des industriellen Gebietes, eine Prüfung der sich gegenüberstehenden Auffassungen sowie schließlich eine Zusammenfassung der für die Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes unbedingt nötigen Voraussetzungen gibt.

Die Enquete der Vertreter des IGB. fiel in die Zeit des ober-schlesischen Aufstandes. Sie erinnern an die Situation, zu der sie sich unter diesen Umständen veranlaßt sahen sowie auf die erfolglosen Bemühungen, die sie zur Herbeiführung des Friedens gerade in dem Augenblicke machen konnten, wo sich die Lage am meisten zugespitzt hatte.

Die Enquete hatte aber nicht nur den an sich beunruhigenden Wert, der ihr durch die besonderen Umstände zumutet. Die Delegation hatte bei ihren Untersuchungsarbeiten vor allem die allgemeine Lage des Landes und die Mittel zur Lösung dieses schwierigen Problems im Auge. Der auf Grund dieser Erwägungen ausgearbeitete Bericht wird diesem Ziele in jedem Betracht gerecht.

Es werden darin die wirtschaftlichen und allgemeinen Bedingungen in ihrer Gesamtheit geprüft; die daraus gezogenen Schlüsse stellen indes nicht einen Plan dar, der eine Angleichung und Herbeiführung empfiehlt, sondern die für eine gerechte Lösung unumgänglichen Bedingungen darlegt.

Die Vertreter des IGB. haben festgestellt, daß das ober-schlesische Problem im Wesen eine Frage um den Besitz industriellen Gebietes ist. Sie heben hervor, daß dieses Gebiet eine wirtschaftliche Einheit darstellt und nicht getrennt werden darf, wenn nicht seine ganze wirtschaftliche Tätigkeit und Entwicklung gefährdet werden soll.

Nach eingehender Prüfung der Existenzmöglichkeiten der ober-schlesischen Industrie, der Bedürfnisse dieses Gebietes und der Interessen Deutschlands und Polens sind sie zur Ueberzeugung gelangt, daß mit der Zuteilung dieses Gebietes eine wirtschaftliche Autonomie verbunden sein muß; d. h. die neue politische Grenze darf keine Zollschranke bilden; der freie Austausch der Güter nicht behindert werden. In diesem muß bei der endgültigen Zuteilung des Gebietes gleichzeitig die Verteilung der Produkte und die Lieferung der Rohstoffe demnach geregelt werden, daß sie den gerechten Bedürfnissen beider Staaten Rechnung trägt.

Diese wirtschaftliche Autonomie muß durch eine Autonomie der Verwaltung ergänzt werden, um die rechtliche und tatsächliche Gleichheit der Einwohner in einwandfreier Weise zu sichern und der Minderheit gegenüber eventuelle Repressalien oder Unterdrückungen irgendwelcher Art und unter welcher Form sie auch auftreten mögen, Garantien zu bieten.

Als wichtigste Bedingung, deren Wahrung die Unzufriedenheit und die Konflikte nur erhöhen und vermehren könnte, verlangen sie die Aufrechterhaltung der von den Deutschen eingeführten sozialen Gesetzgebung, die den Arbeitern dieses Gebietes zurzeit zu gute kommt. Sie verlangen nachdrücklich den Ausbau dieser Gesetzgebung, der das sicherste Mittel darstellt, um durch die fortschreitende Solidarisierung der deutschen und polnischen Arbeiter, deren Organisationen das bindende Element sind und bleiben werden, zum Frieden zu gelangen. In diesem Zusammenhang weisen sie auf die Tatsache hin, daß die Sozialisierung der ober-schlesischen Großindustrie unumgänglich notwendig ist, und zwar nicht nur, weil sie eine Form des Fortschritts bilden wird, weil sie auch den kapitalistischen Druck ausschaltet wird, unter dem ein Teil der Bevölkerung und die allgemeinen Interessen des Landes leiden könnten.

Die Delegierten des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklären außerdem, daß das ober-schlesische Problem nur dann einer glücklichen Lösung zugänglich werden kann, wenn diese Provinz aufhört, ein Objekt fortwährender Konflikte zwischen Polen und Deutschland zu sein, sondern ein Element der Zusammenarbeit wird zwischen den beiden Nachbarländern.

Sie fordern schließlich die Arbeiter der beiden Nationen auf, in diesem Sinne zu handeln um ihre Rechte, ihre Forderungen und den allgemeinen Frieden zwischen den Völkern zu sichern.

Zur Geschichte des Papiers

Von E. H. Hoff-Friedenau.

(Fortsetzung.)

Während so das klassische Altertum und auch das erste Nahrungsmittel des Mittelalters ihre Literatur auf Papyrus und Pergament schrieben, war schon Jahr hunderte vorher im fernsten Osten bei den Chinesen ein neuer Schreibstoff erfunden worden, neu und eigenartig sowohl seiner Herstellung wie auch seinen Eigenschaften nach und dazu berufen, der große Gewinn in der Geschichte der Schreibstoffe zu werden. Die Chinesen, die, wie bereits ausgeführt, früher wie die meisten anderen Kulturvölker zu einer verhältnismäßig hohen Stufe der Schriftkunst und ebenso auch der Herstellung von Schreibstoffen gelangt waren, hatten bereits Seidenstoffe als Schreib- und Malflächen zu benutzen verstanden. Ihre hochentwickelte Schriftkunst und die sich hieraus ergebende vielfache gewerbliche Verarbeitung und Verwertung keramischer und blauschwarzer Farbstoffe zu den verschiedensten Zwecken und Erzeugnissen maa auch zur Verwendung solcher Stoffe für die Herstellung von Schreibblättern geführt haben, die durch Verfeinerung feiner Wollfasern zu einer dünnen, zusammenhängenden, festen und elastischen Fläche erfolgte. Diese Herstellungsverfahren war die Erfindung des Papiers, die für immer eine Ausnahmestätte des chinesischen Volkes ist. Nach der archaischen Neolithikera hat um das Jahr 120 v. Chr. herum in China unter der Regierung des Kaisers Han-Hsi der Minister Tsai-Lun die Herstellung von Schreibblättern aus den Fasern des Papiermüllersbaumes, des chinesischen Grafs, des Bambusrohres und noch anderer Pflanzenstoffe gelehrt. Das Herstellungsverfahren, vor allem die Gewinnung der Pflanzenfasern durch Schneiden, Stampfen, wohl auch Mahlen mit sonstigen Zerleinerungsprozesse, ebenso auch die Verfeinerung des Fasermaterials auf nassem Wege, muß bereits damals in der Art gelehrt sein, wie sie diese Verfahren heute auch bei uns gelehrt wurde und sie in ihren Grundzügen noch heute bei der Herstellung des Papiers ausbleibt. In China selbst wie

auch in Japan, Siam, Korea und anderen Nachbarländern der Chinesen wird die Papierherstellung noch heute vielfach ganz nach der Art des ältesten Herstellungsverfahrens betrieben. Unsere Abbildung 4 veranschaulicht die Art der ältesten chinesischen und japanischen Papiermacher. Der Mann in der Ecke rechts oben ist gerade mit dem Verschlagen bzw. Zerleinern des Rohmaterials, also der Herstellung des Fasermaterials, beschäftigt während an dem langen Tisch links unten



Abbildung 4. Chinesische Papierherstellung.

das Schöpfen des Ganzzeuges aus der Wanne in die Form ausgeführt wird und die Frau oben in der Mitte abfertigende Bogen zum Trocknen aufhängt. Zwei weitere Arbeiter endlich sind mit dem Baden und Abwiegen der fertigen Papierballen beschäftigt.

Über die weitere Entwicklung und Ausbreitung der Erfindung des Papiers sind wir nur sehr mangelhaft unterrichtet. Jahrhunderte hindurch haben die Chinesen ihr Geheimnis ängstlich vor anderen Völkern gehütet,

und lange Zeit dauerte es, bis dieses wenigstens bei den stammverwandten Nachbarvölkern, Japanern, Siamesen und Koreanern, Eingang fand. Erst um das Jahr 610 n. Chr. also über 700 Jahre nach der Erfindung des Papiers, brachten Priester, die der Königin von Korea nach China entsandt hatte, das Geheimnis der Papierherstellung in ihr Vaterland mit, und seitdem erst entstand auch in Korea und bald danach auch in Japan die Kunst der Papierherstellung, wo sie dann Jahrhunderte hindurch ganz nach dem uralten Verfahren der Chinesen ausgeübt wurde.

Das älteste chinesische Papier wurde, wie bereits gesagt, vorwiegend aus den Fasern des Maulbeersbaumes verfertigt, ebenso wie auch heute noch die echten chinesischen und japanischen Papiere aus diesem Pflanzenstoff sowie auch aus den Fasern des Bambusrohres, des Reisstrohes, des chinesischen Grafs und anderer dort wachsender Pflanzenarten herzustellen. Papier, das aus diesen Rohstoffen gefertigt wird, unterscheidet sich erheblich von den späteren Papierarten, die aus den Fasern abrauchter Gewebestoffe, vor allem Leinwand, hergestellt wurden. Die Verwendung solcher Fasermaterials war der nächste große Fortschritt in der Entwicklung und Technik der Papierherstellung, der erst nahezu ein Jahrtausend nach der Erfindung des ersten Papiers erfolgte, ein Fortschritt, durch welchen erst ein Papier von der Art und Beschaffenheit des Haberpapiers und damit die beste und wichtigste Papierart, die die Geschichte des Papiers kennt, gewonnen wurde. Ueber die Erfindung des Haberpapiers ist man lange Zeit hindurch im Dunkeln gewesen; lange wurde diese den Italienern oder auch den Deutschen zugeschrieben, und erst der neueren Forschung ist es gelungen, nachzuweisen, daß auch diese Erfindung in erster Linie den Chinesen zu danken ist, wenn sie von diesen allerdings auch nur auf einem Umwege gemacht worden ist. Nach einem unglücklichen Feldzug der Chinesen gegen die Turken im Jahre 751 wurden zahlreiche chinesische Gesandten nach Samarkand in Turkestan gebracht. Unter diesen befanden sich auch viele Papiermacher, die alsbald ihr Gewerbe auszuüben suchten. Aus Samarkand kam es in China selbst verwandten Rohmaterial kamen sie auf den Gedanken, alte Leinen- und sonstige Gewebe zu zerleinern und aus dem so gewonnenen Fasermaterial Papier her-

Münchberg. In einer am 22. Juli überfüllten Versammlung berichtete Kollege Watz über die Verhandlungen des Tarifausschusses und des vom Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruches...

Die am 22. Juli statt besuchte außerordentliche Mitgliederversammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die Versammlung billigt einmütig den Beschluss des Vorstandes vom 3. Juli und erwartet, daß bei neuen Verhandlungen diese Ungerechtigkeiten...

Breslau. Am 21. Juli 1921 fand im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine ordentliche Generalversammlung...

Die am 19. Juli im „Karlstädter Hof“ taende ziemlich gut besuchte Versammlung der Zahlstelle Düsseldorf...

Sodann wurde der Kaiserbericht gegeben und da alles in Ordnung gefunden, dem Kassierer Entlassung erteilt. Des ferneren wurde beschlossen, am 14. August ein Sommerfest...

Minden. Die am 22. Juli im Gewerkschaftshause Tonhalle taende Versammlung erhebt Protest gegen den Schiedspruch des Arbeitsministeriums...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

wir der Ansicht, daß der Koll. Reinhold die Interessen der Hilfsarbeiter voll und ganz vertreten hat. Unter Berücksichtigung wurden noch einige dringliche Angelegenheiten erledigt...

Düsseldorf. Unsere Mitgliederversammlung am 19. Juli erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Der Grund war jedenfalls darin zu suchen, daß Bericht erstattet wurde von den Berliner Verhandlungen...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Ein und Zeit. Ein unter dieser Überschrift in Nr. 23 des „Korrespondent“ erschienener Artikel, in dem sich ein Berliner Gelehrter mit den bösen Hilfsarbeitern beschäftigte...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

(Fortsetzung folgt.)

aufstellen. Der Versuch lieferte ein ganz vorzügliches Papier, das seitdem in den Ländern westlich von China dauernd hergestellt wurde. Zunächst blieb die Herstellung dieses neuen Papiers aus Samarkand beschränkt...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

über Filz ausgeführt wurde. Die Hauptgebraucher des Papiers waren bei den Arabern damals noch die Gelehrten; diese fertigten ihr Papier selbst an und üben neben ihrer gelehrten Tätigkeit reedert das Gewerbe der Papiermacher aus...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

und geschmeidiger wie der Papyrus, der seiner Textur und Beschaffenheit nach eine gewisse Sprödigkeit und Steifheit aufweist, sich dadurch nur hien, nicht aber auch fassen läßt und, wo das dennoch geschieht, bricht...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

Die am 22. Juli überfüllte Versammlung der Augsburger Buchdrucker-Gewerkschaft...

(Fortsetzung folgt.)

selbst einräumen mußte, daß keine einzige der Behauptungen durch die Beweisnahme erwiesen sei. Der Vertreter des Klägers lieferte in scharfen Worten die Sachlage dar, die die Beklagten, der sich nicht geschweige habe, verurteilende Beweisblauen geradezu lächerlich über einen ehrenwerten Mann auszusprechen. Das Gericht verurteilte den Beklagten zu einer Geldstrafe von 500 M., event. 50 Tagen Gefängnis, außerdem soll das Urteil in der „Volkszeitung“ und in dem „Klassenkampf“ veröffentlicht werden. Das Gericht stellt ausdrücklich fest, daß dem Kläger nichts Ehrenrühriges nachgewiesen sei.

Konsumvereine und Gewerkschaften. In dem Organ der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Nr. 80 wurde richtig hervorgehoben, daß Steuern und Abgaben schwerer auf den Konsumvereiner lasten und bei ihnen Schächer und Löhne meist höher als bei den privaten Unternehmern seien. Wenn nicht die Umsatzzahlen der Vereine in nächster Zeit steigen, so müßten die Verwaltungen versuchen, diese Betriebskosten nach Möglichkeit zu mildern; denn die Mehrkosten auf die Waren zu schlagen, wie der Privathandel es tue, sei im Hinblick auf den wirtschaftlichen und sozialen Zweck der Vereine nicht annehmbar. Man müßte also zunächst versuchen, Löhne und Gehälter zu senken. Dazu brauche es aber nicht zu kommen, wenn die Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften die Erhaltung des Existenzminimums erfinden, mit ihrer Kaufkraft mehr als bisher den Genossenschaften helfen, damit die einzelnen Unternehmer der Verbraucher auch fürberhin als Muster und Beispiel für die Entlohnung von Arbeitern und Anstellten dienen könnten. — Da dieser Hinweis durchaus zutreffend ist, verdient er besondere Beachtung.

Die deutschösterreichischen Gewerkschaften im Jahre 1920. Die Wiener Gewerkschaftskommission hat kürzlich ihren Jahresbericht für 1920 in der „Gewerkschaft“ veröffentlicht. Sie verweist einleitend darauf, daß die Hauptfrage der österreichischen Gewerkschaften im letzten Jahre sich auf die wirtschaftliche Lage besaß, die für das werktätige Volk erträglich zu machen, vor allem die Verbände betrifft gewesen sind. Nicht allein auf den Kampf mit den Unternehmern um höhere Löhne ist es im Jahre 1920 angekommen, sondern auch darauf, eine mitbestimmende Rolle auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung zu gewinnen. Mit Hilfe des Betriebsrätegesetzes, das sich immer mehr einleitet, konnte dieser Teil der gewerkschaftlichen Aufgaben vorwärts gebracht werden. Die Gewerkschaften in Deutschösterreich sind mit dem Wirken der Betriebsräte aufs engste verknüpft, die Betriebsräte sind ausnahmslos Gewerkschaftsvertrauensmänner, die nur im engen Einvernehmen mit den Betriebsvereinigungen handeln. In der Sekunda der Wirtschaftslage des deutschösterreichischen Proletariats konnte mit Rücksicht auf die unzureichende Schmierlöhne, die zu überwinden waren, nicht alles Notwendige geleistet werden. Nichts ist so heutzutage die unvollständigen wirtschaftlichen Zustände im kleinen deutschösterreichischen als die Arbeitslosigkeit im verflochtenen Jahre.

Nach amtlichen Ermittlungen betrug die Zahl der Arbeitslosen an den Zahlen in Wien: 22. Mai 14 086, 5. Juni 15 652, 19. Juni 16 722, 3. Juli 17 758, 17. Juli 19 223, 31. Juli 19 529, 14. August 20 007, 27. August 19 276, 11. September 18 154, 25. September 16 000, 9. Oktober 14 453, 23. Oktober 12 792, 6. November 13 196, 20. November 13 993, 4. Dezember 13 730, 18. Dezember 13 704. — Für ganz Österreich wurden folgende Zahlen ermittelt: 22. Mai 19 155, 5. Juni 20 157, 19. Juni 21 397, 3. Juli 22 403, 17. Juli 23 800, 31. Juli 24 019, 14. August 23 664, 28. August 22 705, 11. September 21 277, 25. September 19 768, 9. Oktober 15 033, 23. Oktober 14 733, 6. November 15 088, 20. November 15 142, 4. Dezember 16 977, 18. Dezember 16 637.

Um diese Arbeitslosigkeit doch in einem zu mildern, war der Staat durch seine Maßnahmen genötigt, die Maßnahmen zum Schutze der Arbeitslosen aufrechtzuerhalten und zu verbessern. Diesem Streben ist es zuzuschreiben, wenn die beständige Arbeitslosenunterstützung des Staates in eine Arbeitslosenversicherung umgewandelt und so dem Erwerblosen eine nicht zu unterschätzende Erleichterung in seinem Schicksal gebracht wurde. Natürlich mußten nebenbei die Gewerkschaften in erhöhtem Maße den Arbeitslosen materielle Hilfe zukommen lassen, selbst auf die Gefahr hin, den Oberstufen der Mitglieder in verschärfter Weise in Anspruch zu nehmen. Auch die Gewerkschaftskommission hat mehrmals durch Vertretung außerordentlicher Lebensmittelausschüsse an Arbeitslose nach Maßgabe ihrer Mittel dem herrschenden Elend zu wehren versucht. Freilich konnte sie auch in anderer Form ihren Einfluß geltend machen, die Arbeitslosigkeit zu mildern, und sie tat dies auch jederzeit.

Zu den vielen Arbeitslosen kommen noch die zahlreichen Arbeiter, die wegen Mangel an Betriebsmaterial verfrühter Zeit arbeiten mußten. Auf die Geschehnisse des Jahres haben die Gewerkschaften Deutschösterreich in hohem Maße eingewirkt. Neben einem Arbeitslosenversicherungsgeetze ist es unter dem Einfluß der Gewerkschaften noch zu einer Reihe anderer sozialpolitischer Maßnahmen gekommen, durch die der wirtschaftlich arme Staat anderen Ländern beispielsweise voranzugehen ist. Es sei nur hinzuweisen auf den Schutz der Hauswirtschaften, auf die Erwerberinnen des Schutzes für die Anstellten aller Art, auf die Verbesserung der öffentlichen Arbeitsvermittlung und auf den Entwurf eines Alters- und Invalidenversicherungsgeetzes, der allerdings noch der Durchsetzung harret. Das Anwachsen der Mitgliederzahlen hat auch im letzten Jahre angehalten. Die Zunahme ist zwar nicht mehr so stark wie im Jahre 1919, aber immerhin noch recht beträchtlich. Den in der Wiener Gewerkschaftskommission vereinigten Verbänden gehören mit Schluß des Jahres 1920 im ganzen rund 800 000 Mitglieder an. Die Zahl der ge-

werkschaftlich Organisierten im alten Österreich, in der Zeit des höchsten gewerkschaftlichen Aufschwunges, ist bereits überschritten. Einige Organisationen sind der Gewerkschaftskommission neu beigetreten. Darunter Verengungen der in öffentlichen Diensten Beschäftigten. Die Bestrebungen auf Zusammenlegung einzelner Verbände zu großen einheitlichen Industriegruppenorganisationen, sind auch im Berichtsjahre erfolgreich fortgesetzt worden. In der Lebensmittelindustrie und in der Bauindustrie ist es zu einheitlichen großen Verbänden gekommen, welcher Schritt sich für die Arbeiterschaft dieser Berufe außerordentlich behauptet hat. Der Bericht der Wiener Gewerkschaftskommission geht dann noch der opferfreudigen Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes für die hungernden deutschösterreichischen Arbeiter, die schon ein Jahr zuvor begonnen hatte und sich zu einem großen, seinesgleichen findenden Werte auswuchs. Während des ganzen Berichtsjahres konnten infolge der von dem Internationalen Gewerkschaftsbunde aufgebrachtten Mittel, Lebensmittelanlagen und andere Bedarfsgegenstände durch die Konsumtorenorganisationen an Gewerkschaftsmitglieder ausgegeben werden. Auch die Arbeitslosen und die Kinderfreunde sind mit Zuwendungen bedacht worden. Hunderten von Wiener Gewerkschaftsmitgliedern haben die schwedischen und holländischen Genossen dadurch, daß sie sie in Pflege übernahmen, zu Gesundheit und Frohsinn verholfen. — Auch im Jahre 1920 hat es in Deutschösterreich unausgeseht und fast in allen Berufen Lohnbewegungen gegeben. Sie sind gegen das Ende des Berichtsjahres immer heftiger geworden, was die Arbeit in den Gewerkschaften stark vermehrt hat. Dank der Stärke und Leistungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Organisation sind die meisten dieser Lohnbewegungen mit Erfolg geführt worden.

Kriegsbeschädigte als Drehorgelwiler. In der letzten Zeit sind in der Tagespresse verschiedentlich Mitteilungen des Reichsarbeitsministeriums veröffentlicht worden, in denen darauf hingewiesen ist, daß es die Kriegsbeschädigten „dank der Tätigkeit der Fürsorge niemals nötig hätten, zum Betteln oder Pektelasten zu greifen“. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, der mit allem Nachdruck eine ausreichende Verordnung und Fürsorge für die Opfer des Krieges verlangt, teilt dazu mit, daß das Reichsarbeitsministerium in letzter Zeit selbst zugegeben hat, daß an Kriegsbeschädigten in Fürsorge Drehorgeln vergeben werden. So unerhört diese diese Mitteilung ist — sie ist wahr. In einem Schreiben an die „Berliner Morgenpost“, das in der Nummer 108, 5. Beilage, vom Sonntag, den 8. Mai, abgedruckt ist, hat das Reichsarbeitsministerium wörtlich: „Wenn bisweilen einem Kriegsbeschädigten ein Fürsorge eine Drehorgel gegeben worden ist, so handelte es sich um besondere Ausnahmefälle, in denen die Rentenempfänger so schwer beschädigt waren, daß sich ihre Unterbringung im Erwerbleben als unmöglich erwiesene hatte“.

Dadurch widerlegt das Reichsarbeitsministerium selbst seine Mitteilung, daß Kriegsbeschädigte niemals auf den Bettel angewiesen seien. Nicht nur die Kriegsbeschädigten selbst, sondern die ganze öffentliche Meinung muß sich gegen einen solchen Unfug wenden. Wie weit dieser schon gediehen ist, zeigt nicht nur die eigene Mitteilung des Reichsarbeitsministeriums, sondern auch eine Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten vom 22. Januar, Abteilung 2, Gruppe A, Gewerbe-Polizei. Mit dieser sind Klammern aufgestellt, die durch Drehorgeln und Musikern mit anderen Instrumenten ihr Brot zu verdienen suchen. Dort heißt es unter Nr. 4, daß Voraussetzung für die Erteilung der Erlaubnis zum Drehorgelspielen der Nachweis ist, daß der Antragsteller durch schwere Kriegsbeschädigung ganz oder wenigstens erheblich in seiner Erwerbstatigkeit beschränkt ist. Diese Forderung setzen am besten, wie manneht das Reichsarbeitsministerium, das die Anforderte der Kriegsbeschädigten reakt, und auf welche sonderbare Art und Weise die Kriegsbeschädigten den in allen lieblichen Tönen verbrosenen „Dank des Vaterlandes“ zu führen bekommen. Die Kriegsbeschädigten aber, die durch das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums und des Reichstaates, das sie immer noch gegenüber den Vorkämpfern des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten auf Verbesserung des Reichsarbeitsministeriums ablehnend verhalten. Pektelratten umhänzen müssen, werden am zweckmäßigsten an diesen die Ansticht andringen: „Nicht ich, nein, mich verließ das Vaterland“.

Die Gewerkschaften Australiens. Die amtliche „Labour Gazette“ teilt mit, Ende 1918 hätten in Australien 394 Gewerkschaften (Trade Unions) mit 591 755 Mitgliedern bestanden. Es dieser Organisationen hatten mehr als 10 000 Mitglieder. Von den gemeldeten Gewerkschaftsmitgliedern waren in den ersten drei Vierteljahre 1919 erwerbslos 6,2 bis 8,5 Prozent. Der ermittelte Durchschnittslohn aller Arbeiterklassen in den sechs Hauptstädten betrug 1919 wöchentlich 68 Schilling 7 Pence für 47 Stunden (ausschließlich Landwirtschaft und Schiffahrt). — Die Zentralrat der Gewerkschaften bezieht sich ebenfalls langsam durchzuweisen. Aus diesem wird gemeldet: Eine neue gewerkschaftliche Organisation, die alle Eisenbahner von Australien umfassen will, hat sich unter dem Namen „Australischer Eisenbahnerverband“ gebildet. Die Statuten sind so, daß sie gleichermaßen für Industrie und Handwerk Geltung haben und ebenso alle Beamtenkategorien wie auch Anstellte aller Eisen- und Trambahn-Gesellschaften Australiens umfassen. Die neue Organisation zählt 45 000 Mitglieder, hofft aber, rasch auf 120 000 Mann — das ist die Zahl der Angestellten aller australischen Gesellschaften — anzuwachsen. Später denkt der Verband sich mit den Berg- und Transportarbeitern zusammenzuschließen.

Eingegangene Druckschriften
Dr. Emil Kraus: „Die Bedeutung des Staatsrechts-Systems für das gegenwärtige Deutschland. Unter besonderer Berücksichtigung der Wiedergutmachung.“ Preis 2,50 M. Heidelberg, Unterbäbische Verlagsanstalt.

Die obersteinstliche Frage und der Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Eine Denkschrift, herausgegeben von der Handelskammer Breslau, Anfang Juni 1921.

Bergarbeiter und Sozialisierung, ein Vortrag von Otto Hue. Sonderabdruck aus dem Protokoll der 23. Generalversammlung des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands. Selbstverlag.

Vom Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeulleurverband: Jahresbericht von 1920. Berlin im Mai 1921. Selbstverlag.

Der Vorwärts-Almanach für das Jahr 1922 gelangt Mitte August d. J. in verbesserter Ausgestaltung und größerem Format bei der Vorwärts-Buchhandlung, Berlin SW. 68, zur Ausgabe. Bestellungen nehmen schon jetzt alle Volksbuchhandlungen der Partei entgegen.

Eine Einführung in die sozialistische Gedankenwelt. Von Hans Gadamer. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, E. G. m. b. H., Abt. Buchhandlung, Berlin C. 2, Breitestraße 8-9. Preis 2,50 M.

Hermann Wendel. Neues Deutschland. — Neues Europa für ein Deutschland der Demokratie und des Sozialismus. Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M. Preis 1,50 M.

Die Broschüre liest man mit gespanntem Interesse. Der Grundgedanke des Genossen Wendel ist auf die Forderung nach deutscher Kultur und der Einigung der Arbeiterschaft gestimmt.

Der neue Mensch. Werbeblatt Nr. 1 des „Bundes Religion des Sozialismus“. Unentgeltlich und portofrei zu beziehen vom „Bunde Religion des Sozialismus“, Rostock, Schillerstr. 27.

Abrechnungen

Es haben eingelangt:
Gau 10 (Hamburg): Vorbesholm 123.35, Ederförde 85.90, Elmshorn 96.—, Hensburg 658.60, Giltrow 185.—, Harburg 649.—, Hamburg 36 548.83, Heide 205.85, Hefoe 144.60, Kiel 1547.30, Lübeck 1841.60, Neumünster 146.80, Rostock 2055.10, Schleswig 243.—, Schwerin 2211.30, Wismar 313.80 M.
S. S. o. b. a. H.

Anzeigen

Unserer lieben Kollegin Gertrud Kühn in Firma Körner u. Lauterbach und ihrem Bräutigam Otto Rau zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Mitglieder der Zählstelle Chemnitz.

Unserer lieben Kollegin Grete Horn und ihrem Bräutigam Karl Lange die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Mitglieder der Zählstelle Bautzen.

Unserer lieben Kollegin Frieda Brühke und ihrem Bräutigam Karl Lange die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Mitglieder der Zählstelle Zettlitz.

Unserer lieben Kollegen Aug. Schmäy und Rob. Feib (Haas u. Grabherr) und ihren lieben Lebensgefährtinnen zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Die Mitgliedschaft Augsburg.

Sterbetafel

Am 21. Juli verschied infolge Unglücksfall im Alter von 86 Jahren unser lieber Kollege
August Theisen
(i. H. M. du Mont-Schauberg, Köln. Jig.)
Bei Rettung eines Kindes fand er den Tod in den Wellen des Rheinstromes.
Ein ehrenvolles Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft der Zählstelle Köln.

Am 22. Juli verschied nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin, die Hilfsarbeiterin
Emma Oris
im Alter von 17 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Die Zählstelle Elbing.